

Antrag 28/II/2019

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Tarifpflicht für Uber & Co.

- 1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
- 2 von Berlin sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des
- 3 Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- 4
- 5
- 6 1. dass sich der Fahrpreis fahrer*innengeführter Miet-
- 7 wagen an § 51 PersBefG i. V. m. der Achten Verord-
- 8 nung zur Änderung der Verordnung der Beförde-
- 9 rungsgentgelte im Taxenverkehr vom 02.06.2015 be-
- 10 messen werden muss, sodass Fahrten mit Mietwa-
- 11 gen und Taxen im Berliner Stadtgebiet einheitlich
- 12 gleich viel kosten,
- 13 2. hierzu die entsprechenden Ordnungsdienststellen
- 14 zu verpflichten, flächendeckende und regelmäßige
- 15 Kontrollen durchzuführen und sicher zu stellen, dass
- 16 die hierfür benötigten Mittel und das Personal be-
- 17 reitgestellt werden.

18
19
20

Begründung

22 Die Stadt Berlin steht vor der großen Herausforderung, die
23 sich abzeichnende Verkehrswende sinnvoll und sozialver-
24 träglich zu gestalten. Der Öffentliche Personennahverkehr
25 (ÖPNV) als Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge
26 ist das Fundament einer sozialen Mobilität. Diesen gilt es
27 zu bewahren und weiter auszubauen, aber auch zu mo-
28 dernisieren.

29

30 Das Taxigewerbe ist seit vielen Jahren ein verlässlicher Be-
31 standteil des ÖPNV in Berlin. Die SPD hat sich für den
32 Schutz des Berliner Taxigewerbes stark gemacht und steht
33 auch weiterhin als verlässlicher Partner an der Seite des
34 Taxigewerbes.

35

36 Durch das Auftreten diverser privatwirtschaftlicher Fahr-
37 dienstleister wie UBER in Berlin ist ein ungleicher Wett-
38 bewerb entstanden, der der Idee einer sozialen Mobilität
39 eindeutig entgegensteht. Da für Mietwagen bislang kei-
40 ne Tarifpflicht besteht, können die Fahrpreise vor der Fahrt
41 ausgehandelt werden. Im Falle von Uber werden die Preise
42 über Algorithmen errechnet. Die Fahrpreise können dann
43 gegenüber dem Taxitarif geringer sein, bei hohem Bedarf
44 aber auch deutlich über dem Taxitarif liegen. Den Öffentli-
45 chen Personennahverkehr zeichnet seit jeher Verlässlich-
46 keit aus, weil der Taxitarif zu jeder Tageszeit und Nachtzeit
47 aber auch unabhängig vom Bedarf gleich hoch ist. Nie-
48 mand würde zu Messezeiten erleben müssen, dass eine

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlusslage (226/I/2019) (Konsens)

49 Fahrt mit einem Taxi vom Messegelände zur Oberbaum-
50 brücke – wie bei UBER 78,15€ - kostet, sondern verlässlich
51 bei 32,20€ liegt!

52

53 Da für UBER – im Gegensatz zum Taxi – keinerlei Beför-
54 derungspflicht besteht, werden von UBER auch nur sol-
55 che Fahrten durchgeführt, die sich wirtschaftlich lohnen.
56 Für Taxen würden dann nur noch die unrentablen Fahr-
57 ten übrigbleiben. Es kann nicht im Sinne sozialdemokra-
58 tischer Politik sein, eine Zweiklassen-Mobilität hinzuneh-
59 men! Darüber hinaus kann es auch nicht im sozialdemo-
60 kratischen Sinne sein, dass das Taxigewerbe ganz aus der
61 Stadt verschwindet und dann die Nutzung von privatwirt-
62 schaftlich organisierten Fahrdienstleistern, wie UBER nur
63 noch den Reichen vorbehalten ist und beispielsweise äl-
64 tere und gebrechliche Menschen keine Möglichkeit mehr
65 besitzen, zu ihrem Arzt zu kommen.

66

67 Ein einheitliches Gebührensystem sorgt auch für Transpa-
68 renz und Verbraucherschutz, da diese Gebühren gesetz-
69 lich und über Verordnungen geregelt sind und nicht über
70 undurchschaubare Algorithmen errechnet werden.

71 Der Berliner Senat hat dafür Sorge zu tragen, dass der
72 Wettbewerb fair und sozialverträglich ist. Die sozialde-
73 mokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglie-
74 der der SPD-Abgeordnetenhaus-Fraktion werden aufge-
75 fordert, sich dafür einzusetzen, dass die privatwirtschaft-
76 lichen Anbieter von Fahrdienstleistungen gesetzlich ver-
77 pflichtet werden, sich an die für Taxen geltenden Gebüh-
78 ren gemäß § 51 PersBefG i. V. m. der Achten Verordnung zur
79 Änderung der Verordnung der Beförderungsentgelte im
80 Taxenverkehr vom 02.06.2015 zu halten haben. Der Taxi-
81 tarif bedeutet für Mietwagenbetreiber die untere Grenze.
82 Sofern sie ein Premiumangebot im Portfolio haben, steht
83 es ihnen frei, auch höhere Preise zu nehmen. Aber keines-
84 falls niedrigere!

85

86 Nur so kann ein fairer und für alle Seiten sozial verträgli-
87 cher Wettbewerb gewährleistet werden.

88 Der Markt muss nicht alles regeln! Schon gar nicht die Be-
89 reiche, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören. Ge-
90 rade in diesem Bereich ist außerordentlich wichtig, dass
91 der Staat sich seine Verantwortlichkeit wieder zurückholt
92 und hier auch wieder aktiv, stark und verantwortungsbe-
93 wusst zum Wohle der Allgemeinheit ausübt! Die SPD wird
94 sich in diesem ursozialdemokratischen Kerngebiet wieder
95 mit vollem Engagement einsetzen!